

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss führte seine 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 12.09.2017 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Greppin, Heraeusstraße, Firma Heraeus, Beratungsraum von 19:45 Uhr bis 20:25 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Christel Vogel

Mitglied

Klaus-Dieter Kohlmann
Dieter Riedel
Martina Römer
Peter Ziehm

Sachkundige Einwohner

Michael Baldamus
Christian Hennicke
Klaus-Peter Krüger
Bernd Kosmehl
Kay-Uwe Ziegler

Mitarbeiter der Verwaltung

Steve Bruder
Uwe Kröber

Stab Wirtschaftsförderung
SB EDV

abwesend:

Mitglied

Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Enrico Stammer

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Gunther Krezeminski

Mitglied mit beratender Stimme

Dr. Werner Rauball

Mitglieder des Jugendbeirates

Samantha Erben
Selina Victoria Gosch
Lukas Günz
Zahid Janz
Morris Krause
Jasmin Spruth
Samantha-J. Strecker

Seniorenbeirat

Gerhard Große
Elke Ronneburg

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 12.09.2017, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.08.2017	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Bitterfeld-Wolfen - Terminverlängerung BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	Beschlussantrag 221-2017
6	Grundsatzbeschluss über die Nichtzulassung zum Neubau von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet Bitterfeld-Wolfen BE: Fraktion DIE LINKE	Beschlussantrag 210-2017
7	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Ausschussvorsitzende, Frau Vogel, begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 Ausschussmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern fest. Frau Vogel bedankt sich beim Werksleiter, Herrn Sander, und seinen Mitarbeitern für den Vortrag mit anschließender Führung und für die Bereitstellung des Beratungsraumes zur Durchführung der Ausschusssitzung.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Frau Vogel teilt mit, dass das „Regionale Marketingkonzept Goitzsche“ in der kommenden Stadtratssitzung vorgestellt werden soll und sie deshalb die Entscheidung getroffen hat, TOP 5 heute nicht zu behandeln. Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.08.2017</p> <p>Frau Vogel teilt mit, dass der von Herrn Kohlmann zur Sitzung am 01.08.2017 gewünschte Vergleich mit Nachbarkommunen (hier: Stadt Sandersdorf-Brehna) hinsichtlich Sondernutzungsgebühren von der Sachbereichsleiterin Verkehr, Frau Reinsch, heute zugearbeitet worden ist. Die Dokumentation wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen. Frau Vogel merkt an, dass bei Aufarbeitungsbedarf darüber gerne noch einmal ausführlich in einer der nächsten Sitzungen gesprochen werden könne. Änderungswünsche oder Nachfragen zur Sondernutzungssatzung sollten vorab schriftlich an die Verwaltung, Frau Erling oder Herrn Bruder, gerichtet werden. Da die Niederschrift zum Zeitpunkt des Versands der Sitzungsunterlagen noch nicht fertiggestellt war und in Papierform erst heute ausgereicht werden konnte, wird der TOP 3 auf die Sitzung am 17.10.2017 vertagt.</p>	
<p>zu 4</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>entfällt</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Bitterfeld-Wolfen - Terminverlängerung BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen</p> <p>Der Antragsinhalt wird von Herrn Bruder vorgestellt. Die inzwischen vorliegende Entscheidung von Kaufland und weiteren Einzelhandelsgeschäften sowie die Auswirkungenanalyse für eine Neuansiedlung bzw. eine Verlagerung im Bereich Krondorf werden aktuell von der BBE Handelsberatung GmbH überarbeitet und in das Einzelhandelskonzept eingearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit wieder aufgenommen und bereitet den Beschlussantrag für den Stadtrat entsprechend vor.</p> <p>Herr Kohlmann nimmt Bezug auf den genehmigten Umbau von real und erkundigt sich nach dem Entwicklungsstand. Herr Bruder wird</p>	<p>Beschlussantrag 221-2017</p>

	<p>diesbezüglich Informationen einholen. <i>Anmerkung des SBL Stadtplanung vom 22.09.2017:</i> Es gibt keinen „genehmigten Umbau“ von real. Es gibt einen in Kraft getretenen Bebauungsplan, der umgesetzt werden darf. Bisher ist allerdings kein Antrag auf Nutzungsänderung bekannt geworden, daher ist der Entwicklungsstand nicht bekannt.</p> <p>Weitere Fragen oder Hinweise werden nicht vorgetragen, so dass Frau Vogel über den BA 221-2017 abstimmen lässt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 6</p>	<p>Grundsatzbeschluss über die Nichtzulassung zum Neubau von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet Bitterfeld-Wolfen BE: Fraktion DIE LINKE</p> <p>Frau Römer, Fraktion DIE LINKE, kommt der Bitte der Ausschussvorsitzenden nach und trägt die wesentlichen Sachverhalte des Beschlussantrages vor. Die Frage von Frau Vogel, ob es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt, wird von Frau Römer bejaht. Um Stellungnahme gebeten, erklärt Herr Bruder, dass die Verwaltung dafür plädiert, dem Vorhaben als Grundsatzbeschluss nicht zuzustimmen. Er benennt die Vorteile einer Einzelfallentscheidung. Herr Bruder weist darauf hin, dass der Verwaltung die Planungshoheit obliegt und auch deshalb jeder einzelne Antrag abgewogen werden muss. Er hinterfragt, was der Antragsteller unter „großflächigen“ Photovoltaikanlagen versteht und bittet darum, dies in der Begründung genauer auszuführen. Die Verwaltung empfiehlt, diesem Beschlussantrag so nicht zuzustimmen oder ihn zur Überarbeitung an den Einreicher zurückzuverweisen. Herr Ziegler wünscht zur besseren Entscheidungsfindung eine mit Zahlen unterlegte Konkretisierung der in der Begründung gemachten Aussage zu den erhöhten Netzbetreiberkosten, die auf die Bürger zukämen. Frau Vogel stimmt dem zu. Des Weiteren verweist sie auf notwendige Einzelfallentscheidungen durch Bau- und Vergabeausschuss sowie Stadtrat beim Vorliegen von Anträgen auf Errichtung von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet. Auf Grund dessen hält sie einen Grundsatzbeschluss für ungeeignet. Herr Krüger vertritt die Meinung, dem Neubau von ebenerdigen Photovoltaikanlagen zuzustimmen, wenn damit ungepflegte, brachliegende Flächen beseitigt oder vermieden werden können. Er wendet sich jedoch mit der Bitte an die Verwaltung, bei der Begleitung der Konzepte darauf zu achten, dass</p> <ol style="list-style-type: none">a) die Vergabe an hier ansässige Firmen erfolgt, um zu bewirken, dass an die Stadt etwas zurückfließt undb) die Bürger nicht mit Mehrkosten belastet werden. <p>Herr Kosmehl erklärt, dass er keine Einwände gegen Solarfelder hat. Er ist jedoch gegen eine Erweiterung des Netzausbaus, wenn die Finanzierung auf jeden einzelnen Energieabnehmer umgelegt wird. Herrn Kosmehl interessiert die Höhe der dann anfallenden Mehrkosten. Auch er spricht sich für eine Präzisierung der Angaben aus. Herr Kosmehl merkt an, dass er dem in der Ortschaft Thalheim geplanten großen Solarfeld skeptisch gegenübersteht. Herr Riedel würde die Umsetzung des Vorhabens in Thalheim befürworten, weil damit ein seit 20 Jahren dort befindlicher großer Schandfleck verschwände. Er ist für Einzelentscheidungen und gegen einen Grundsatzbeschluss.</p>	<p>Beschlussantrag 210-2017</p>

	<p>Herr Hennicke bezweifelt ebenfalls, ob ein Grundsatzbeschluss zielführend ist.</p> <p>Weitere Meinungsäußerungen gibt es hierzu nicht. Frau Vogel gibt dem Einreicher den Hinweis, eine mit Zahlen unterlegte Konkretisierung in der Begründung vorzunehmen, bevor der Beschlussantrag dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Sie stellt den vorliegenden Beschlussantrag zur Abstimmung.</p>	
	mehrheitlich abgelehnt	Ja 1 Nein 3 Enthaltung 1
zu 7	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p><i>Streichung des TOP „Bericht zu aufgetretenen Havariefällen (Fehr Umwelt Ost und Cronimet) in der Region“</i></p> <p>Herr Krüger bringt sein Missfallen darüber zum Ausdruck, dass entgegen der Festlegung des WUA der TOP nicht im Ausschuss beraten werden soll, bevor der Oberbürgermeister in der Stadtratssitzung dazu berichtet hat. Er betont, dass dieses Thema in den Ausschuss gehört und dort dementsprechend informiert werden sollte. Herr Krüger spricht den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren seinen herzlichen Dank für ihren Einsatz aus. Er unterstreicht seine Bitte, auf Grund der Brisanz nicht davon abzugehen, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Umweltausschusses zu setzen.</p> <p>Herr Bruder legt dar, dass dieser TOP auf ausdrücklichen Wunsch des Oberbürgermeisters mit dem Hintergrund von der Tagesordnung genommen wurde, weil aktuell noch Abstimmungsgespräche zwischen Landkreis, Chemiepark und Landesverwaltungsamt laufen. Über das Ergebnis wird der OB in der Sitzung des Stadtrates am 27.09.2017 berichten. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, diesen TOP in der nächsten Sitzung des WUA zu diskutieren.</p> <p>Frau Vogel informiert, dass nicht alle im Chemiepark angesiedelten Unternehmen, die Gefahrenpotential haben, vertraglich an die Werksfeuerwehr gebunden sind. Aktuell wird nach Lösungen gesucht, dies zu ändern. Auch aus diesem Grund hatte der Oberbürgermeister die Entscheidung getroffen, die Thematik erst im Stadtrat zu beraten.</p> <p>Herr Kosmehl äußert sich ebenfalls kritisch darüber, dass der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen wurde. Ferner spricht er sich dafür aus, dass für die Kosten, die z. B. durch den letzten Havariefall für die Betreuung und Ausrüstung der Feuerwehren entstanden sind, aus seiner Sicht das jeweils verursachende Unternehmen vollumfänglich aufkommen müsste.</p> <p>Auf die Frage des Herrn Ziegler, ob es eine zentrale Stelle gibt, die diese Sache im Moment untersucht, antwortet Herr Bruder, dass aktuell alle Ergebnisse beim Oberbürgermeister eingehen und diese dann durch ihn zur Sitzung des Stadtrates bekanntgegeben werden. Frau Vogel ergänzt, dass das Brandgeschehen nach ihrer Information vom Landesverwaltungsamt bearbeitet wird.</p> <p>Herr Ziehm bittet die Ausschussmitglieder darum, die Ergebnisse abzuwarten, über die zu gegebener Zeit informiert wird.</p> <p>Herr Hennicke vertritt den Standpunkt, dass man dem WUA in diesem laufenden Informationsprozess Ergebnisse mitteilen müsste. Er legt dar, dass die Bevölkerung erwartet, dass der Ausschuss zumindest grob informiert wird. Herr Hennicke hinterfragt, weshalb man im WUA keine Berichterstattung zum Havariefall Cronimet ermöglicht habe, welcher in diesem Sinne abgeschlossen sei. Er stellt die Frage in den Raum, wie es</p>	

	<p>vor Jemandem, der ihn als Mitglied des WUA anspricht, rechtfertigen soll, dass er keine Einschätzung dazu abgeben kann. Er könne sich bei Anfragen von Bürgern nicht auf Informationen aus der Presse berufen. Herrn Hennicke interessiert, wie der WUA künftig bei Unfällen/Havarien informiert wird.</p> <p>Frau Vogel pflichtet der Feststellung bei und sagt, dass dem WUA gegenüber der Bevölkerung ein gewisser Informationsvorsprung gegeben werden sollte. Sie wird das an die Verwaltung weiterleiten.</p> <p><i>Vorbereitung Tagesordnung WUA 17.10.2017</i></p> <p>Frau Vogel bezieht sich auf den vorliegenden Arbeitsplan und fragt, ob die noch offenen Themen, die für die Sitzung am 01.08.2017 vorgesehen waren, ebenfalls in der nächsten Sitzung behandelt werden können:</p> <ul style="list-style-type: none">- Bericht des Grünflächenamtes- Kurzinfo zum Klimaschutzkonzept- Bericht aus den städtischen Gesellschaften. <p>Darüber besteht Einverständnis.</p> <p>Herr Bruder gibt eine Anfrage aus dem FB Recht/kommunale Angelegenheiten zur Tagesordnung weiter: Es wird vorgeschlagen, in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 17.10.2017 zwei Berichte aus dem SB Beteiligungen mit aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Beteiligungsbericht- Bearbeitung der Beteiligungsrichtlinie. <p>Die Berichterstattung Technologiepark Mitteldeutschland soll auf eine spätere Sitzung verschoben werden.</p> <p>Auch hierzu liegt das Einverständnis vor.</p> <p>Frau Vogel fragt nach weiteren inhaltlichen Wünschen, die noch in diesem Jahr oder zu Beginn des nächsten Jahres untergebracht werden sollen.</p> <p>Herr Bruder teilt mit, dass die KOWISA bei Interesse des WUA im I. Quartal 2018 über ihre Arbeit Bericht erstatten würde.</p> <p>Dieser Hinweis wird für 2018 aufgenommen.</p> <p>Weitere Anfragen und Mitteilungen werden nicht vorgetragen.</p>	
zu 8	Schließung des öffentlichen Teils Die Ausschussvorsitzende schließt um 20:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	

gez.
Christel Vogel
Ausschussvorsitzende

gez.
Bianka Erling
Protokollantin